

Stober/Korte

# Öffentliches Wirtschaftsrecht – Allgemeiner Teil

Grundlagen des deutschen,  
europäischen und internationalen  
Öffentlichen Wirtschaftsrechts

19., überarbeitete Auflage

**Kohlhammer**

**Kohlhammer**



# **Öffentliches Wirtschaftsrecht**

## **Allgemeiner Teil**

Grundlagen des deutschen, europäischen und internationalen öffentlichen Wirtschaftsrechts

**Professor Dr. Dr. h. c. mult. Rolf Stober**  
Universität Hamburg

**Professor Dr. Stefan Korte, Dipl.-Kfm.**  
Technische Universität Chemnitz

19., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

Erschienen ist das Werk bis zur 18. Auflage unter dem Titel:  
„Stober, Allgemeines Wirtschaftsverwaltungsrecht“

19. Auflage 2019

Alle Rechte vorbehalten  
© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart  
Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:  
ISBN 978-3-17-033963-7

E-Book-Format:  
pdf: ISBN 978-3-17-033964-4  
epub: ISBN 978-3-17-033965-1  
mobi: ISBN 978-3-17-033966-8

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Für Barbara  
Ingo und Tanja  
Katja und Fabio  
Antonia, Alessio, Mika und Matteo  
  
sowie  
  
für Maya  
Tilman, Adrian, Helena und Tamina



## Vorwort zur 19. Auflage

Das Öffentliche Wirtschaftsrecht ist ein dynamisches Rechtsgebiet. Es muss neue wirtschaftspolitische Herausforderungen sowie aktuelle wirtschaftspraktische Bedürfnisse beachten und dabei den gegenwärtigen ökonomischen, ökologischen, technischen und sozialen Erkenntnisstand sowie die jüngste Entwicklung in Literatur, Rechtsprechung und Rechtsetzung einbeziehen. Dieses Spannungsfeld prägt auch die Neubearbeitung des Allgemeinen Teils des Öffentlichen Wirtschaftsrechts (Stand Januar 2018). Sie thematisiert die weitere Konsolidierung sowie Umsetzung des sekundären Unionsrechts und zeigt die damit verbundenen tiefgreifenden Veränderungen für das Öffentliche Wirtschaftsrecht u. a. im Wettbewerbs-, Außenwirtschafts-, Regulierungs- und Vergaberecht auf. Die Überarbeitung befasst sich ferner mit zahlreichen wirtschaftsüberwachungsrechtlichen Neuerungen etwa im Kreislaufwirtschafts-, Produktsicherheits- und Informationsrecht, die zunehmend verbraucherschutzrechtlich orientiert sind, sowie mit der Digitalisierung der Wirtschaftsverwaltung.

Die in diesem Grundlagenband zum Öffentlichen Wirtschaftsrecht behandelten allgemeinen Lehren werden in dem Folgeband zum Besonderen Öffentlichen Wirtschaftsrecht (Stober/Eisenmenger) insbesondere für das Gewerberecht und das spezielle Branchenrecht konkretisiert. Außerdem wird diese Materie in dem Band Stober/Paschke (Hg.), Deutsches und Internationales Wirtschaftsrecht, intradisziplinär auch aus wirtschaftsprivat- und wirtschaftsstrafrechtlicher Sicht entfaltet. Das Lehrbuch ist schließlich auf die im NWB-Verlag erscheinende Textausgabe Stober (Hg.), Wichtige Gesetze für Wirtschaftsverwaltung und die öffentliche Wirtschaft abgestimmt.

Erfreulicherweise hat sich mein akademischer Schüler, Professor Dr. *Stefan Korte*, bereit erklärt, ab dieser Auflage als Koautor mitzuwirken. Seine Forschungsschwerpunkte liegen seit jeher im Öffentlichen und insbesondere im Europäischen Wirtschaftsrecht. An seinem Lehrstuhl an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der TU Chemnitz haben sich insbesondere Frau Ass. iur. Luise Johné, Frau Dr. Nicole Thurner, Herr Lars Klenk, Herr Maros Fenik und Herr Zhilin Ye um das Werk verdient gemacht. Ihnen schulden die Autoren für ihre gründlichen Korrekturarbeiten, für die zuverlässige Überarbeitung der Fußnoten sowie für ihre kritischen Anmerkungen erheblichen Dank.

Hamburg und Chemnitz, im Mai 2018

Rolf Stober  
Stefan Korte





# Inhaltsübersicht

## Band I: Öffentliches Wirtschaftsrecht (Allgemeiner Teil)

- A. Grundlagen des Öffentlichen Wirtschaftsrechts
- B. Wirtschaftsverfassungsrecht
  - Erster Abschnitt Verfassungsrechtliche Grundlagen der Wirtschaftssteuerung
  - Zweiter Abschnitt Wirtschaftssteuerung durch Staats- und Rechtsprinzipien
  - Dritter Abschnitt Verfassungszuständigkeiten und -funktionen
  - Vierter Abschnitt Das Recht der Binnen- und Außenwirtschaft
  - Fünfter Abschnitt Nationaler Grundrechtsschutz privater Wirtschaftstätigkeit
  - Sechster Abschnitt Grund und Grenzen öffentlicher Wirtschaftstätigkeit
- C. Aufgaben und Mittel der Wirtschaftsverwaltung
- D. Wirtschaftsverwaltungshandeln
- E. Wirtschaftsverwaltungskontrolle
- F. Organisation und Finanzierung der Wirtschaftsverwaltung

## Band II: Öffentliches Wirtschaftsrecht (Besonderer Teil)

- G. Gewerberechtliche Grundlagen
- H. Spezielles Branchenrecht
- I. Branchenübergreifende Querschnittsmaterien



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 19. Auflage . . . . .	VII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXVI

## A. Grundlagen des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . . 1

### § 1 Öffentliches Wirtschaftsrecht in Studium, Wissenschaft und Praxis . . 1

I. Zur Bedeutung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts für Studium und Prüfung . . . . .	1
1. Öffentliches Wirtschaftsrecht für Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler . . . . .	1
2. Zur akademischen Aufwertung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts im Jura-Studium . . . . .	1
II. Zur Bedeutung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts für Wissenschaft und Praxis . . . . .	2
III. Literaturhinweise . . . . .	3

### § 2 Methodische Erschließung und Abgrenzung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . . 4

I. Das Öffentliche Wirtschaftsrecht im System der Gesamtrechtsordnung . . . . .	4
1. Notwendigkeit und Bedeutung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .	4
2. Rechtsvergleichende Perspektive . . . . .	5
3. Konturenlosigkeit . . . . .	6
4. Konzepte und Prinzipien . . . . .	7
5. Eigen-, Mit- und Staatsverantwortung . . . . .	8
a) Die Rolle des Staates und der Staatengemeinschaft . . . . .	8
b) Öffentliches Wirtschaftsrecht zwischen Hierarchie, Kooperation und Subsidiarität . . . . .	8
c) Unternehmer und Verbraucher als Wirtschaftssubjekte . . . . .	9
6. Entwicklung und Zukunftsorientierung . . . . .	10
a) Vergangenheitsbezug . . . . .	10
b) Zukunftsorientierung hinsichtlich neuer Geschäftsmodelle . . . . .	10
c) Zukunftsorientierung hinsichtlich der Digitalisierung der Verwaltung . . . . .	11
7. Öffentliches Wirtschaftsrecht und Wirtschaft . . . . .	11
8. Wirtschaftsprivat-, Wirtschaftsstraf- und Wirtschaftsverwaltungsrecht . . . . .	12
9. Öffentliches Wettbewerbsrecht . . . . .	14
II. Ökologisierung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .	15
III. Öffentliches Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsverfassungsrecht . . 16	
1. Wirtschaftsverfassung im engeren und weiteren Sinne . . . . .	16
2. Normenhierarchie im Öffentlichen Wirtschaftsrecht . . . . .	16

# Inhaltsverzeichnis

3.	Öffentliches Wirtschaftsrecht als Wirtschaftsverfassungsrecht im engeren und weiteren Sinne . . . . .	18
IV.	Kodifikationsstand, Systematik und Auslegung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .	18
1.	Kodifizierung und Systematisierung . . . . .	18
2.	Interpretation . . . . .	18
V.	Gliederung und gesamtrechtliche Vorgabe . . . . .	19
1.	Materielles Recht und Verfahrensrecht . . . . .	19
2.	Vorgaben für das Wirtschaftsstraf- und Wirtschaftsprivatrecht . . . . .	20
VI.	Ausstrahlung des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .	21
1.	Öffentliches Wirtschaftsrecht im engeren und im weiteren Sinne . . . . .	21
2.	Öffentliches Wirtschaftsrecht und Polizeirecht . . . . .	21
VII.	Internationales und ausländisches Öffentliches Wirtschaftsrecht. . . . .	23
1.	Zur Internationalisierung und Globalisierung der arbeitsteiligen Wirtschaft. . . . .	23
2.	Zur begrenzten Regelungsrolle nationaler Wirtschaftsregeln. . . . .	24
3.	Begriff und Bedeutung des Internationalen Öffentlichen Wirtschaftsrechts. . . . .	25
4.	Rechtsquellen und Bindungswirkung des Internationalen Öffentlichen Wirtschaftsrechts. . . . .	26
5.	Europäisches Öffentliches Wirtschaftsrecht . . . . .	26
6.	Ausländisches Öffentliches Wirtschaftsrecht . . . . .	27
§ 3	<b>Intra- und interdisziplinäre Ansätze des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .</b>	<b>28</b>
I.	Verhältnis zu den Wirtschaftswissenschaften. . . . .	28
II.	Verhältnis zur Rechtspolitik . . . . .	29
III.	Verhältnis zur Ordnungspolitik. . . . .	30
IV.	Verhältnis zur Verwaltungspolitik . . . . .	32
§ 4	<b>Wirtschaftssysteme als Vorentscheidung staatlicher Wirtschaftsverfassungen. . . . .</b>	<b>32</b>
I.	Wirtschaftssysteme als wirtschaftsverfassungsrechtliches Grundproblem . . . . .	32
II.	Verkehrswirtschaft/Marktwirtschaft . . . . .	33
1.	Das Konzept der Verkehrswirtschaft. . . . .	33
2.	Schwächen der Verkehrswirtschaft . . . . .	34
III.	Zentralverwaltungswirtschaft/Planwirtschaft. . . . .	34
1.	Das Konzept der Zentralverwaltungswirtschaft . . . . .	34
2.	Schwächen der Zentralverwaltungswirtschaft. . . . .	35
IV.	Wirtschaftssysteme zwischen Markt und Plan . . . . .	35
1.	Mixed Economy als realtypische Erscheinungsform . . . . .	35
2.	Soziale Marktwirtschaft . . . . .	35
a)	Individuelle Komponente. . . . .	35
b)	Soziale Komponente . . . . .	36
3.	Ökologisch-soziale Marktwirtschaft . . . . .	36
a)	Die ökologische Komponente . . . . .	36
b)	Zur Internalisierung externer Effekte. . . . .	37

c)	Marktwirtschaftliche Umweltprinzipien als Bestandteil des Öffentlichen Wirtschaftsrechts . . . . .	37
4.	Globalgesteuerte Marktwirtschaft . . . . .	38
<b>B.</b>	<b>Wirtschaftsverfassungsrecht . . . . .</b>	<b>39</b>
<b>Erster Abschnitt:</b>	<b>Verfassungsrechtliche Grundlagen der Wirtschaftssteuerung . . . . .</b>	<b>39</b>
§ 5	<b>Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes, der Unionsverträge und des Weltwirtschaftsrechts . . . . .</b>	<b>39</b>
I.	Die Wirtschaftsverfassung Deutschlands. . . . .	39
1.	Deutsche Wirtschaftsverfassung und Globalisierung der Wirtschaft . . . . .	39
2.	Der Streit um die Wirtschaftsverfassung . . . . .	39
3.	Zur Offenheit der deutschen Wirtschaftsverfassung . . . . .	40
a)	Verfassungsrechtlicher Befund . . . . .	40
b)	Verfassungsrechtliche Diskussion . . . . .	40
c)	Verfassungssystematische Interpretation . . . . .	41
d)	Verfassungshistorische Dimension und Grundgesetznovellierung. . . . .	41
4.	Staatliche Gestaltungsfreiheit und Verantwortung für die Wirtschaft . . . . .	42
II.	Die Wirtschaftsverfassung des Binnenmarktes . . . . .	42
1.	Grundgesetzliche und unionsrechtliche Wirtschaftsverfassung . . . . .	43
2.	Strukturen der EU-Wirtschaftsverfassung . . . . .	43
3.	Grundsatz der offenen Marktwirtschaft . . . . .	44
III.	Die Wirtschaftsverfassung der Weltwirtschaft . . . . .	44
<b>Zweiter Abschnitt:</b>	<b>Wirtschaftssteuerung durch Staats- und Rechtsprinzipien . . . . .</b>	<b>45</b>
§ 6	<b>Sozialstaatsprinzip . . . . .</b>	<b>46</b>
I.	Wirtschaftliche Elemente des Sozialstaates . . . . .	46
1.	Die Verfassungsentscheidung für den Sozialstaat . . . . .	46
2.	Wirtschaftsrelevante Sozialaussagen und ihre Grenzen. . . . .	46
II.	Bedeutung und Adressaten. . . . .	46
1.	Der Sozialstaat als Staatsaufgabe und Gestaltungsauftrag . . . . .	46
2.	Adressaten und subjektive Rechte . . . . .	47
III.	Sozialprinzip in der EU . . . . .	47
IV.	Sozialprinzip und Weltwirtschaftsrecht . . . . .	48
§ 7	<b>Rechtsstaatsprinzip . . . . .</b>	<b>48</b>
I.	Die Gesetzmäßigkeit der Wirtschaftsverwaltung . . . . .	48
1.	Wirtschaftsrelevante Bedeutungen des Rechtsstaatsprinzips . . . . .	48
2.	Einzelausprägungen . . . . .	49
a)	Gesetzesbindung. . . . .	49
b)	Gesetzesvorrang . . . . .	49
c)	Gesetzesvorbehalt. . . . .	49
II.	Messbarkeit und Vorhersehbarkeit des Wirtschaftsverwaltungs-handelns . . . . .	53
1.	Rechtssicherheit als ökonomische Rahmenbedingung . . . . .	53

# Inhaltsverzeichnis

2.	Ökonomischer Vertrauensschutz für die Zukunft? . . . . .	53
3.	Ökonomischer Vertrauensschutz für die Vergangenheit . . .	54
	a) Echte und unechte Rückwirkung. . . . .	54
	b) Zulässigkeit der Rückwirkung und Vertrauensschutz .	54
III.	Die Bestimmtheit wirtschaftsrechtlicher Gesetze und Ausführungsakte . . . . .	55
	1. Zur Bedeutung des Bestimmtheitsgrundsatzes . . . . .	55
	2. Bestimmtheit im Wirtschaftssanktionsrecht . . . . .	56
	3. Bestimmtheit wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Vorschriften . . . . .	56
	4. Bestimmtheit wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Ausführungsakte . . . . .	57
IV.	Zur Verhältnismäßigkeit wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Maßnahmen . . . . .	57
	1. Verhältnismäßigkeit als Generalschranke jeder staatlichen Aktivität . . . . .	57
	2. Prüfungsschritte . . . . .	58
	a) Eignung . . . . .	58
	b) Erforderlichkeit . . . . .	58
	c) Angemessenheit . . . . .	59
V.	Rechtsschutz gegen wirtschaftsverwaltungsrechtliche Maßnahmen . . . . .	59
VI.	Rechtsstaatsprinzip und EU . . . . .	60
VII.	Rechtsstaatsprinzip und Weltwirtschaftsrecht . . . . .	61
§ 8	<b>Wirtschaftsrelevante Prinzipien der Aufgabenverteilung.</b> . . . . .	61
I.	Verteilung der wirtschaftsrelevanten Kompetenzen. . . . .	61
	1. Unionsebene. . . . .	62
	2. Bundesebene. . . . .	62
	a) Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen . . . . .	63
	b) Verteilung der Verwaltungskompetenzen . . . . .	64
	c) Kooperativer Wirtschaftsföderalismus . . . . .	65
	d) Internationale Vereinbarungen . . . . .	66
	3. Kommunale Ebene. . . . .	67
	a) Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Bedeutung von Gemeinden . . . . .	67
	b) Dekonzentrierte und dezentrale Aufgabenerledigung .	67
II.	Wirtschaftsverwaltung als Selbstverwaltungsaufgabe . . . . .	68
	1. Selbstverwaltung durch Kammern . . . . .	68
	2. Selbstverwaltung durch Verbände . . . . .	69
III.	Der Subsidiaritätsgedanke als politische Klugheitsregel. . . . .	70
§ 9	<b>Makroökonomische Prinzipien mit Wirtschaftsrelevanz.</b> . . . . .	70
I.	Unionsebene . . . . .	71
	1. Etablierung einer gemeinsamen Währungspolitik . . . . .	71
	2. Koordinierung der mitgliedstaatlichen Wirtschaftspolitiken .	72
	a) Grundlagen . . . . .	72
	b) Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht . . . . .	73
	c) Haushaltsüberwachung . . . . .	73
II.	Verfassungsebene . . . . .	74

III. Wirtschaftlichkeitsprinzip als rechtsebenenübergreifende Direk- tive . . . . .	75
§ 10 Umweltstaatsprinzip . . . . .	76
I. Umweltschutz im Grundgesetz und im Landesverfassungsrecht .	76
II. Umweltschutz und EU. . . . .	77
III. Umweltschutz und Weltwirtschaftsrecht. . . . .	78
<b>Dritter Abschnitt: Verfassungszuständigkeiten und -funktionen . . . . .</b>	<b>79</b>
§ 11 Wirtschaftsrelevante Regierungs-, Rats- und Verwaltungszuständig- keiten . . . . .	79
I. Wirtschaftsrelevante Zuständigkeiten der Mitglieder der Bundes- regierung. . . . .	79
1. Die Bundesregierung als Träger der Wirtschaftspolitik. . . . .	79
2. Rechtsetzungs- und Aufsichtszuständigkeiten der Bundesre- gierung . . . . .	80
3. Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregie- rung . . . . .	80
II. Wirtschaftsrelevante Zuständigkeiten der Landesregierungen. . .	82
III. Wirtschaftsrelevante Zuständigkeiten der Räte der Union. . . . .	82
IV. Wirtschaftsrelevante Zuständigkeiten der Verwaltung . . . . .	83
1. Verwaltungszuständigkeiten bundesdeutscher Behörden. . .	83
a) Vollzug nationalen Rechts . . . . .	83
b) Indirekter Vollzug von Unionsrecht . . . . .	84
2. Unionseigene Verwaltung . . . . .	85
§ 12 Bundesbank und Europäische Zentralbank . . . . .	86
I. Wirtschaftsverfassungsrechtliche Stellung der Bundesbank . . . . .	86
1. Aufgaben . . . . .	86
2. Organisationsstruktur . . . . .	86
3. Art. 88 GG als Rechtsgrundlage zur Übertragung von Ho- heitsrechten . . . . .	87
II. Die Europäische Zentralbank als Hüterin der Unionswährung. .	87
1. Aufgaben und Befugnisse . . . . .	87
2. Rechtsstellung. . . . .	88
III. Internationaler Währungsfonds. . . . .	88
§ 13 Wirtschaftsrelevante Rechtsetzungs- und Rechtsprechungszuständig- keiten . . . . .	89
I. Rechtsetzungszuständigkeiten. . . . .	89
1. Unionsebene . . . . .	89
2. Bundesebene. . . . .	89
a) Ausschließliche wirtschaftsrelevante Gesetzgebungs- zuständigkeiten . . . . .	90
b) Konkurrierende wirtschaftsrelevante Gesetzgebungs- zuständigkeiten . . . . .	90
c) Wirtschaftsrelevanz ungeschriebener Kompetenzen . .	93
d) Vorschriften über Geldleistungspflichten . . . . .	94
3. Landesebene . . . . .	96
a) Die Auswirkungen der Föderalismusreform von 2006	96
b) Das Hausgut der Länder . . . . .	98
c) Übergreifende Grundsätze . . . . .	98



## Inhaltsverzeichnis

4.	Welthandelsrechtliche Ebene . . . . .	99
5.	Vollzugsebene . . . . .	99
	a) Rechtsverordnungen . . . . .	99
	b) Satzungen . . . . .	99
	c) Verwaltungsvorschriften . . . . .	100
6.	Gesetzgebung und Gesetznehmung . . . . .	101
II.	Rechtsprechungszuständigkeiten . . . . .	102
<b>Vierter Abschnitt: Das Recht der Binnen- und Außenwirtschaft . . . . .</b>		<b>103</b>
<b>§ 14 Räumliche Reichweite und Einflussbereiche der Rechtsebenen . . . . .</b>		<b>103</b>
I.	Binnenwirtschaft . . . . .	104
1.	Natürliches Wirtschaftsgebiet . . . . .	104
	a) Staatsgebiet . . . . .	104
	b) Wirtschaftsgebiet . . . . .	104
	c) Staatsfreies Gebiet . . . . .	105
	d) Schiffe . . . . .	105
	e) Luftfahrzeuge . . . . .	106
	f) Weltraum . . . . .	107
	g) Virtueller Raum . . . . .	107
2.	Wirtschaftsgebiet kraft Vereinbarung oder Gesetz . . . . .	108
II.	Außenwirtschaft . . . . .	108
1.	Die Formen internationaler Integration und ihre verfassungsrechtliche Basis . . . . .	108
2.	Integration auf europäischer Ebene . . . . .	109
	a) Der EU-Binnenmarkt . . . . .	109
	b) Der Europäische Wirtschaftsraum . . . . .	113
	c) Die Einbindung der Schweiz . . . . .	113
	d) Weitere Abkommen . . . . .	114
	e) Die künftige Rolle Großbritanniens . . . . .	114
	f) Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten . . . . .	114
3.	Integration auf internationaler Ebene . . . . .	115
	a) Kooperationen mit Beteiligung Deutschlands bzw. der EU . . . . .	115
	b) Kooperationen ohne Beteiligung Deutschlands bzw. der EU . . . . .	117
<b>§ 15 Binnenmarktrecht . . . . .</b>		<b>118</b>
I.	Allgemeine Lehren . . . . .	119
1.	Die Binnenmarktverwirklichung als Richtgröße . . . . .	119
	a) Voraussetzungen . . . . .	119
	b) Gefährdungslagen . . . . .	121
	c) Ausnahmen . . . . .	122
2.	Positive Integration durch Sekundärrechtsetzung . . . . .	123
	a) Kompetenzielle Vorgaben . . . . .	123
	b) Die Rolle der Unionsgrundrechte . . . . .	125
	c) Die Rolle der sog. Querschnittsklauseln . . . . .	126
3.	Negative Integration durch Grundfreiheiten . . . . .	126
	a) Schutzbereich . . . . .	127
	b) Beeinträchtigung . . . . .	127

c)	Rechtfertigung . . . . .	129
4.	Verhältnis von positiver und negativer Integration . . . . .	133
II.	Besondere Ausprägungen . . . . .	134
1.	Freier Warenverkehr . . . . .	134
a)	Warenbegriff als Ausgangspunkt . . . . .	134
b)	Beseitigung tarifärer Handelshemmnisse . . . . .	134
c)	Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse . . . . .	135
d)	Sekundärrechtliche Ausformung im Produktsicherheitsrecht . . . . .	138
2.	Unternehmensbezogene Grundfreiheiten . . . . .	140
a)	Niederlassungsfreiheit . . . . .	140
b)	Dienstleistungsfreiheit . . . . .	143
c)	Sekundärrechtliche Ausformung in ausgewählten Rahmenrichtlinien . . . . .	145
3.	Arbeitnehmerfreizügigkeit . . . . .	149
4.	Kapitalverkehrsfreiheit . . . . .	150
5.	Zahlungsverkehrsfreiheit . . . . .	151
§ 16	Welthandelsrecht . . . . .	152
I.	Internationale Abkommen auf WTO-Ebene . . . . .	152
1.	Abkommen über den Warenhandel . . . . .	152
a)	Rechtsgrundsätze . . . . .	152
b)	Ausnahmen . . . . .	155
2.	Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen . . . . .	155
3.	Handelspolitische Schutzinstrumente . . . . .	156
a)	Antidumping-Übereinkommen . . . . .	156
b)	Übereinkommen über Schutzmaßnahmen . . . . .	157
4.	Das Streitschlichtungssystem der WTO . . . . .	157
a)	Beteiligte Organe . . . . .	158
b)	Verfahrensablauf . . . . .	158
c)	Umsetzungs- bzw. Durchsetzungsmechanismen . . . . .	159
5.	Entwicklungsperspektiven . . . . .	159
II.	Globales Rechtsregime für die Nutzung des Meeresgebietes . . . . .	161
III.	TTIP und CETA . . . . .	161
<b>Fünfter Abschnitt: Nationaler Grundrechtsschutz privater Wirtschaftstätigkeit . . . . . 162</b>		
§ 17	(Ökonomische) Bedeutung, Funktionen, Strukturen . . . . .	163
I.	Ausdruck marktwirtschaftlich orientierter Rechtsordnungen . . . . .	163
II.	Die Funktionen der Grundrechte innerhalb des Wirtschaftsgeschehens . . . . .	164
1.	Grundrechte als Abwehrrechte . . . . .	164
2.	Grundrechte als Schutzpflichten . . . . .	164
3.	Grundrechte als Leistungsrechte . . . . .	165
4.	Grundrechte als Verfahrensrechte . . . . .	166
III.	Grundstrukturen der Grundrechtsprüfung . . . . .	167
1.	Schutzbereichsebene, insbesondere Art. 19 Abs. 3 GG . . . . .	167
a)	Juristische Person . . . . .	167
b)	Inlandsbezug . . . . .	167
c)	Wesensgemäße Anwendbarkeit . . . . .	168

# Inhaltsverzeichnis

d)	Grundrechtsberechtigung von Hoheitsträgern . . . . .	169
2.	Beeinträchtigungsebene. . . . .	170
a)	Hoheitliches Handeln . . . . .	170
b)	Hinreichende Eingriffsintensität . . . . .	174
3.	Rechtfertigungsebene . . . . .	174
a)	Grundrechtsschranken. . . . .	175
b)	Schranken der Grundrechtsschranke . . . . .	175
c)	Verfassungskonforme Anschlussmaßnahme. . . . .	176
IV.	Zur Wirtschaftsrelevanz der einzelnen Grundrechte . . . . .	176
1.	Leben und körperliche Unversehrtheit. . . . .	176
2.	Die ökonomische Dimension der Menschenwürde . . . . .	177
3.	Grundrechtsschutz zugunsten der Unternehmer . . . . .	178
§ 18	<b>Berufsfreiheit</b> . . . . .	179
I.	Schutzbereich. . . . .	179
1.	Persönliche Dimension . . . . .	179
2.	Sachliche Dimension . . . . .	180
a)	Beruf als Bezugspunkt. . . . .	180
b)	Berufliche Entfaltung als geschütztes Verhalten . . . . .	181
c)	Kein Recht auf Arbeit . . . . .	182
II.	Beeinträchtigung . . . . .	183
1.	Klassische Beeinträchtigungsformen . . . . .	183
2.	Moderne Beeinträchtigungsformen . . . . .	183
III.	Rechtfertigung . . . . .	185
1.	Gesetzesvorbehalt . . . . .	185
2.	Verhältnismäßigkeit . . . . .	186
a)	Drei-Stufen-Lehre als Grobfilter . . . . .	186
b)	Verhältnismäßigkeit im Übrigen . . . . .	188
IV.	Berufsfreiheit als Teilhaberecht . . . . .	189
§ 19	<b>Eigentumsfreiheit und Vergesellschaftung</b> . . . . .	190
I.	Schutzbereich. . . . .	191
1.	In persönlicher Hinsicht . . . . .	191
2.	In sachlicher Hinsicht. . . . .	191
a)	Schutz des beruflich Erworbenen . . . . .	192
b)	Schutz von Wirtschaftsflächen . . . . .	193
c)	Produkte und Produktionsfaktoren . . . . .	195
d)	Vermögenswerte Rechte. . . . .	195
e)	Der eingerichtete und ausgeübte Erwerbsbetrieb . . . . .	197
f)	Abgabepflicht und Eigentumsschutz. . . . .	199
g)	Öffentlich-rechtliche Eigentumspositionen . . . . .	199
II.	Kreis der eigentumsrelevanten Maßnahmen . . . . .	201
III.	Rechtfertigung . . . . .	202
1.	Inhalts- und Schrankenbestimmungen. . . . .	202
2.	Enteignungen . . . . .	203
3.	Vergesellschaftung. . . . .	204
§ 20	<b>Wirtschaftsinformations- und Wirtschaftskommunikationsfreiheit.</b> . . . . .	205
I.	Gewährleistungen des Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG. . . . .	206
1.	Schutzbereich . . . . .	206
a)	Meinungsausdrucksfreiheit im Geschäftsverkehr . . . . .	206

b)	Informationsfreiheit im Geschäftsverkehr . . . . .	207
2.	Rechtfertigung von Beeinträchtigungen . . . . .	208
II.	Gewährleistungen des Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG . . . . .	209
1.	Pressefreiheit . . . . .	209
2.	Rundfunkfreiheit . . . . .	210
§ 21	<b>Weitere spezielle Freiheitsgewährleistungen mit Wirtschaftsbezug . . . . .</b>	211
I.	Schutz der Geschäftsräume, Art. 13 GG . . . . .	212
1.	Schutzbereich . . . . .	212
2.	Eingriff . . . . .	212
3.	Rechtfertigung . . . . .	213
II.	Wirtschaftliche Vereinigungsfreiheit (Art. 9 Abs. 1 GG) . . . . .	213
1.	Schutzbereichsbeeinträchtigung . . . . .	214
2.	Rechtfertigung von Beeinträchtigungen . . . . .	214
§ 22	<b>Marktmäßige Entfaltungsfreiheit von Unternehmer und Verbraucher (Art. 2 Abs. 1 GG) . . . . .</b>	215
I.	Schutzbereich . . . . .	215
1.	Sachliche Dimension . . . . .	215
a)	Art. 2 Abs. 1 GG zwischen Haupt- und Auffanggrundrecht . . . . .	215
b)	Verbleibender Anwendungsbereich . . . . .	215
c)	Insbesondere: Pflichtmitgliedschaft in öffentlich-rechtlichen Kammern? . . . . .	218
2.	Persönliche Dimension . . . . .	221
a)	Berufsfreiheit für ausländische Staatsangehörige . . . . .	221
b)	Ausländerrechtliche Berufsbeschränkungen . . . . .	221
II.	Eingriff . . . . .	222
III.	Rechtfertigung . . . . .	222
§ 23	<b>Wirtschaftlicher Gleichbehandlungsgrundsatz . . . . .</b>	223
I.	Erscheinungsformen . . . . .	223
II.	Grundrechtsbindung und -träger . . . . .	225
III.	Besondere Differenzierungsverbote . . . . .	225
1.	Ungleichbehandlung von Mann und Frau, Art. 3 Abs. 2 GG . . . . .	225
2.	Diskriminierungsverbote aus Art. 3 Abs. 3 GG . . . . .	227
IV.	Allgemeiner Gleichheitssatz . . . . .	227
1.	Grundstrukturen . . . . .	227
2.	Besondere Bindungsdimensionen . . . . .	229
a)	Gleichheitssatz und Gesetzgeber . . . . .	229
b)	Gleichheitssatz und Verwaltung . . . . .	229
3.	Gleichheitssatz als derivatives Teilhaberecht . . . . .	230
4.	Inländergleichbehandlung als Folge des Binnenmarktrechts? . . . . .	230
Sechster Abschnitt:	<b>Grund und Grenzen öffentlicher Wirtschaftstätigkeit . . . . .</b>	231
§ 24	<b>Die öffentliche Hand als Wirtschaftsakteur . . . . .</b>	231
I.	Die öffentliche Hand als Unternehmer . . . . .	231
1.	Kategorisierungen . . . . .	231
2.	Marktmäßige Tätigkeit durch öffentliche Unternehmen . . . . .	232
a)	Parameter öffentlicher Unternehmen . . . . .	232

## Inhaltsverzeichnis

b)	Zulässigkeit der Tätigkeitsaufnahme . . . . .	233
c)	Tätigkeitsausübung. . . . .	238
3.	Hoheitliche Beteiligungsverwaltung . . . . .	243
II.	Die öffentliche Hand als Verbraucher . . . . .	244
1.	Dimensionen und Bedeutung öffentlicher Aufträge . . . . .	244
2.	Rechtsgrundlagen auf internationaler Ebene . . . . .	245
a)	Anknüpfungspunkte im Weltwirtschaftsrecht . . . . .	245
b)	Anknüpfungspunkte im Unionsrecht . . . . .	246
3.	Nationales Vergaberechtsregime. . . . .	248
a)	Oberhalb der Schwellenwerte . . . . .	248
b)	Unterhalb der Schwellenwerte . . . . .	253
c)	Strafrechtlicher Flankenschutz . . . . .	254
C.	<b>Aufgaben und Mittel der Wirtschaftsverwaltung . . . . .</b>	<b>255</b>
§ 25	<b>Zur Bedeutung und Systematik von Wirtschaftsverwaltungsaufgaben . . . . .</b>	<b>255</b>
I.	Wirtschaftsverwaltungsaufgaben als Konkretisierung von Unions- und Verfassungsrecht . . . . .	255
II.	Aufgaben- und Befugnisnormen . . . . .	255
III.	Allgemeine und besondere Aufgaben der Wirtschaftsverwaltung . . . . .	256
§ 26	<b>Wirtschaftliche Infrastruktur . . . . .</b>	<b>256</b>
I.	Unions- und Staatsverantwortung für die wirtschaftliche Infrastruktur . . . . .	256
II.	Wirtschaftsnahe institutionelle Infrastruktur . . . . .	257
III.	Wirtschaftliche Infrastruktur als Gewährleistungs- und Regulierungsverantwortung . . . . .	257
IV.	Das Recht der kritischen Infrastrukturen . . . . .	259
§ 27	<b>Wirtschaftsinformation . . . . .</b>	<b>260</b>
I.	Wirtschaftsinformation als Eckpfeiler der Wirtschaftsverwaltung . . . . .	260
II.	Wirtschaftsinformation als Unions- und Staatsaufgabe . . . . .	261
III.	Wirtschaftsinformationelle Eigenverantwortung . . . . .	261
1.	Informationsrechte und Informationspflichten . . . . .	261
2.	Marktwirtschaftliche und selbstverwaltete Informationssysteme . . . . .	262
§ 28	<b>Wirtschaftsplanung . . . . .</b>	<b>262</b>
I.	Unions- und Staatsaufgabe Wirtschaftsplanung . . . . .	262
II.	Erscheinungsformen der Wirtschaftsplanung. . . . .	263
III.	Anforderungen an die Rechtmäßigkeit. . . . .	263
§ 29	<b>Wirtschaftsüberwachung . . . . .</b>	<b>263</b>
I.	Bedeutung und Gegenstand . . . . .	264
1.	Wirtschaftsüberwachung als klassische Staatsfunktion. . . . .	264
2.	Wirtschaftsüberwachung und Wettbewerb. . . . .	265
3.	Wirtschaftsüberwachung in Abgrenzung zu verwandten Instituten . . . . .	266
4.	Wirtschaftsüberwachung und Internationalisierung. . . . .	268
II.	Schutzgut und Eingriffsschwelle . . . . .	269
1.	Schutzgüter der Wirtschaftsüberwachung . . . . .	269

a)	Einzelne Rechtsgüterschutztypen . . . . .	269
b)	Insbesondere Verbraucherschutz . . . . .	270
2.	Eingriffsschwellen der Wirtschaftsüberwachung . . . . .	271
a)	Gefahrenbewältigung im Präventionsstaat . . . . .	271
b)	Gefahrenvorsorge im Präventionsstaat . . . . .	271
c)	Gefahrennachsorge im Präventionsstaat . . . . .	274
III.	III. Instrumente der Wirtschaftsüberwachung . . . . .	274
1.	Aufnahmeüberwachung . . . . .	275
2.	Ausübungsüberwachung . . . . .	276
3.	Beendigungsüberwachung . . . . .	278
4.	Sanktionierung von Pflichtverletzungen . . . . .	278
IV.	IV. Staatliche Wirtschaftsüberwachung und unternehmerische Eigenverantwortung . . . . .	278
1.	Wirtschaftsüberwachung und Kooperationsprinzip . . . . .	278
2.	Erledigung von Wirtschaftsüberwachungsaufgaben durch Private . . . . .	279
a)	Zertifizierung und Umwelterklärung . . . . .	279
b)	Zur DIN/ISO- und Leitsätze-Normierung . . . . .	281
3.	Unternehmerische Eigenüberwachung und Selbstbeschränkung . . . . .	281
a)	Eigenüberwachung als Wettbewerbs- und Marketingfaktor . . . . .	282
b)	Eigenüberwachung zur Internalisierung von Umweltkosten . . . . .	283
c)	Selbstzertifizierung . . . . .	283
d)	Selbstbeschränkungsabkommen . . . . .	283
4.	Preis- und Mengenlösungen . . . . .	284
§ 30	§ 30 Wirtschaftslenkung . . . . .	284
I.	Unions- und Staatsaufgabe Wirtschaftslenkung . . . . .	284
II.	Zur Typisierung der Lenkungsmaßnahmen . . . . .	285
III.	Sanktionierung von Verstößen . . . . .	286
§ 31	§ 31 Wirtschaftsförderung . . . . .	286
I.	Unions- und Staatsaufgabe Wirtschaftsförderung . . . . .	286
1.	Wirtschaftsförderung als Leistungs- und Verschonungsverwaltung . . . . .	287
2.	Wirtschaftsförderung als Risikoverwaltungsrecht . . . . .	288
3.	Wirtschaftsförderung und Compliance-Anforderungen . . . . .	288
4.	Wirtschaftsförderungskriminalität . . . . .	288
II.	Typisierung der Maßnahmen der Wirtschaftsförderung . . . . .	289
1.	Wirtschaftsförderung durch Leistungsgewährung . . . . .	289
2.	Wirtschaftsförderung durch Belastungsverschonung . . . . .	291
III.	Die ordnungs- und wirtschaftspolitischen Dimensionen der Wirtschaftsförderung . . . . .	292
IV.	Rechtliche Grundlagen der Wirtschaftsförderung . . . . .	293
1.	Wirtschaftsförderung durch Bund und Länder . . . . .	293
2.	Wirtschaftsförderung und Beihilferecht der Union . . . . .	294
a)	Zielsetzungen . . . . .	294
b)	Beihilfebegriff . . . . .	294

# Inhaltsverzeichnis

c)	Relevante Beihilfeaufsichtsvorschriften . . . . .	295
d)	Beihilfevoraussetzungen und Rechtsfolgen . . . . .	296
e)	Zulässige Beihilfen nach Art. 107 Abs. 2 und Abs. 3 AEUV . . . . .	299
f)	Rechtsfolge . . . . .	300
3.	Rückabwicklung . . . . .	301
V.	Weltwirtschaftliche Subventionsregeln . . . . .	301
1.	Subventionsbegriff . . . . .	301
2.	Subventionsregime . . . . .	301
3.	Verfahrensregeln . . . . .	302
§ 32	<b>Außenwirtschaftsverwaltungshandeln</b> . . . . .	302
I.	Ausfuhrhandeln . . . . .	303
1.	Rechtsgrundlagen . . . . .	303
2.	Zielsetzungen . . . . .	303
3.	Mechanismen . . . . .	304
a)	Verbote . . . . .	304
b)	Genehmigungsvorbehalt und Genehmigungsverfahren . . . . .	305
c)	Ausübungsregeln . . . . .	306
d)	Vorgehen im Falle von Unternehmensbeteiligungen . . . . .	306
4.	Zuständigkeiten im Außenwirtschaftsverwaltungsrecht . . . . .	307
5.	Sanktionierung von Verstößen . . . . .	307
II.	Einfuhrhandeln . . . . .	307
D.	<b>Wirtschaftsverwaltungshandeln</b> . . . . .	309
§ 33	<b>Öffentlich-rechtliches und privatrechtliches Wirtschaftsverwaltungs-   handeln</b> . . . . .	309
I.	Grundsatz der Wahlfreiheit und Abgrenzung . . . . .	309
II.	Zweistufige Wirtschaftsverwaltungsrechtsverhältnisse . . . . .	310
§ 34	<b>Gebundenheit und Freiheit der Wirtschaftsverwaltung</b> . . . . .	311
I.	Unbestimmte Rechtsbegriffe und Beurteilungsspielraum . . . . .	312
II.	Ermessen der Wirtschaftsverwaltung . . . . .	313
III.	Planungsermessen . . . . .	315
§ 35	<b>Wirtschaftsverwaltungsakte</b> . . . . .	315
I.	Der Wirtschaftsverwaltungsakt im System der Handlungsfor- men . . . . .	316
II.	Wirkung, Begriff und Bedeutung . . . . .	316
1.	Wirkweise . . . . .	316
2.	Merkmale des Verwaltungsaktes . . . . .	316
3.	Zur Einteilung der Wirtschaftsverwaltungsakte . . . . .	318
4.	Verwaltungsakte und Unionsrecht . . . . .	319
III.	Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Genehmigungen . . . . .	319
1.	Sach- und Personalgenehmigungen . . . . .	319
2.	Verwaltungsverfahren . . . . .	320
a)	Allgemeines Verwaltungsverfahren . . . . .	320
b)	Besondere Verwaltungsverfahren . . . . .	321
c)	Übergreifende Verfahrensgrundsätze . . . . .	322

3.	Prüfungsschema für die Rechtmäßigkeit von Wirtschafts-	322
4.	Förmliche und gestufte Verfahren . . . . .	323
5.	Genehmigungspraxis und Anforderungen der Wirtschaft . .	325
6.	Verfahrensbeschleunigung . . . . .	327
7.	Nebenbestimmungen . . . . .	328
8.	Grundregeln eines effektiven Genehmigungsmanagements .	329
9.	Zertifikate mit Verwaltungsaktcharakter . . . . .	330
IV.	Das Ende der Wirksamkeit von Wirtschaftsverwaltungsakten . .	330
1.	Aufhebung . . . . .	330
a)	Rechtmäßige Verwaltungsakte . . . . .	330
b)	Rechtswidrige Verwaltungsakte . . . . .	331
c)	Fristen und Ermessen . . . . .	331
d)	Erstattung . . . . .	332
e)	Unionsrechtliche Überformung . . . . .	332
2.	Erlöschen . . . . .	332
§ 36	Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Verträge . . . . .	332
I.	Kooperatives und konsensuales Wirtschaftsverwaltungshandeln.	333
II.	Subordinationsrechtliche und koordinationsrechtliche Verträge .	333
III.	Rechtmäßigkeit von wirtschaftsvertraglichem Handeln . . . . .	334
IV.	Vollzug wirtschaftsvertraglichen Handelns . . . . .	335
V.	Unionsrechtliche Überformung . . . . .	335
§ 37	Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Zusagen und schlichtes Wirtschafts-	336
I.	Schlichtes Wirtschaftsverwaltungshandeln . . . . .	336
II.	Wirtschaftsverwaltungsrechtliche Zusagen . . . . .	337
E.	Wirtschaftsverwaltungskontrolle . . . . .	339
§ 38	Die Kontrolle der Wirtschaftsverwaltung . . . . .	339
I.	Externe Kontrollverfahren . . . . .	339
1.	Förmliche Kontrollverfahren . . . . .	339
a)	Schutz subjektiv-öffentlicher Rechte . . . . .	339
b)	Facetten förmlicher Kontrollverfahren . . . . .	341
2.	Schlichtungsverfahren . . . . .	346
3.	Formlose Kontrollen . . . . .	346
II.	Interne Kontrollen . . . . .	347
1.	Selbstinitiierte Kontrolle . . . . .	347
2.	Staatsaufsicht . . . . .	347
III.	Beihilfenaufsicht . . . . .	347
F.	Organisation und Finanzierung der Wirtschaftsverwaltung . . . . .	349
§ 39	Staatliche, unionsrechtliche und internationale Wirtschaftsverwal-	349
I.	Träger- und Behördenvielfalt . . . . .	349
II.	Wirtschaftsverwaltung auf nationaler Ebene . . . . .	350
1.	Unmittelbare Wirtschaftsverwaltung . . . . .	350



# Inhaltsverzeichnis

a) Bundesebene . . . . .	350
b) Landesebene . . . . .	351
2. Mittelbare Wirtschaftsverwaltung . . . . .	352
3. Öffentliche Unternehmen . . . . .	352
III. Wirtschaftsverwaltungsorganisation und EU . . . . .	353
IV. Internationale Wirtschaftsverwaltungsorganisationen . . . . .	354
§ 40 Wirtschaftsverwaltung durch Einschaltung Privater . . . . .	355
I. Beleihung . . . . .	355
II. Verwaltungshelfer . . . . .	356
III. Indienst- oder Inpflichtnahme . . . . .	357
IV. Beauftragte und Akkreditierte . . . . .	358
V. Konzessionäre . . . . .	358
§ 41 Wirtschaftsverwaltung durch Privatisierung . . . . .	359
I. Formelle Privatisierung . . . . .	359
II. Materielle und funktionale Privatisierung . . . . .	359
§ 42 Kommunale Organisation der Wirtschaftsverwaltung . . . . .	360
§ 43 Selbstverwaltung der Wirtschaft . . . . .	361
I. Selbstverwaltungsbegriff und Selbstverwaltungsidee . . . . .	361
1. Kammern als Träger der funktionalen Selbstverwaltung . . . . .	362
2. Zur Internationalisierung der Selbstverwaltungsidee . . . . .	363
II. Abgrenzung von ähnlichen Erscheinungsformen . . . . .	363
III. Wirkungskreis und Aufgabenbereich . . . . .	363
1. Vom Hilfsorgan der Staatsregierung zum Servicecenter . . . . .	363
2. Zum Ausbau der überwachungsrechtlichen Kompetenz . . . . .	364
3. Dimensionen der Kammeraufgaben . . . . .	365
IV. Zweck der Selbstverwaltung und Pflichtmitgliedschaft . . . . .	365
1. Selbstverwaltungsmotive . . . . .	365
2. Das besondere gewerbepolitische Mandat . . . . .	366
3. Zur Pflichtmitgliedschaft für Binnenmarktdienstleister . . . . .	367
V. Organisationsstrukturen . . . . .	367
1. Rechts- und Fachaufsicht . . . . .	367
2. Beitragserhebung und -verwendung . . . . .	368
3. Kammerorgane und Kammerwahlen . . . . .	368
4. Einzelne Hoheitsrechte . . . . .	369
VI. Erscheinungsformen . . . . .	369
1. Organisationsformen des Handwerks . . . . .	369
a) Handwerkskammern . . . . .	370
b) Handwerksinnungen, Innungsverbände und Kreis- handwerkerschaften . . . . .	371
2. Organisation der Landwirtschaftskammern . . . . .	372
3. Privatrechtliche Organisationsformen und Kooperation . . . . .	372
4. Spitzenorganisationen der Selbstverwaltung der Wirtschaft . . . . .	372
VII. Partizipation von Wirtschaftsverbänden an der Wirtschaftsver- waltung . . . . .	373
1. Zum Status der Wirtschaftsverbände . . . . .	373
2. Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte der Wirtschaftsver- bände . . . . .	374
3. Informelle Einflussnahmen und Staatsentlastung . . . . .	375

4. Internationalisierung . . . . .	375
§ 44 Finanzierung der Wirtschaftsverwaltung . . . . .	375
I. Nutzerfinanzierung . . . . .	375
1. Ausgangspunkt . . . . .	375
2. Weiterungen . . . . .	376
3. Ausgrenzungen . . . . .	377
II. Finanzierung durch Inpflichtnahme privater Unternehmen . . . . .	377
Stichwortverzeichnis . . . . .	379

# Abkürzungsverzeichnis

A	
a. a. O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt der EU
Abs.	Absatz
AbwAG	Abwasserabgabengesetz
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AFBG	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AFTA	ASEAN Free Trade Area
AG	Aktiengesellschaft, Ausführungsgesetz, Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGVO	Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung
AkkStelleG	Gesetz über die Akkreditierungsstelle
AKP-Staaten	afrikanische-karibische-pazifische Staaten
A.M./a. M.	Andere Meinung/andere Meinung
AMG	Arzneimittelgesetz
amtl.	Amtliche, amtliche
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APEC	Asia-Pacific-Economic-Cooperation
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
Art.	Artikel
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
AT	Allgemeiner Teil
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AWVO	Außenwirtschafts-Verordnung
B	
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAFG	Gesetz über die Errichtung des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung
BAnz	Bundesanzeiger
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
Bay	Bayerische
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BB	Betriebsberater
BBankG	Bundesbankgesetz
Bbg.	Brandenburg (brandenburgisch)
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
Begr.	Begründung
BerlVerfGH	Berliner Verfassungsgerichtshof
BFH	Bundesfinanzhof

## Abkürzungsverzeichnis

BFStrG	Bundesfernstraßengesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BImSchVO	Bundes-Immissionsschutzverordnung
Bln	Berlin
BMF	Bundesminister der Finanzen
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BNotO	Bundesnotarordnung
BQRL	EG-Berufsqualifikationsanerkennungsrichtlinie 2005/36 EG
BR	Bundesrat
BR-Ds.	Bundesratsdrucksache
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
Brem	Bremer
BSI	Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BSG	Bundessozialgericht
BT	Besonderer Teil
BT-Ds.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (Bundesverfassungsgerichtsgesetz)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BW	Baden-Württemberg
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
bzw.	beziehungsweise
<b>C</b>	
C	Communication
Calliess/Ruffert	Kommentar zum EUV/AEUV und zur GrCH, 5. Aufl. 2016
CE	Communautés Européennes
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
ChemG	Chemikaliengesetz
C.I.S.G.	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods
CMA	Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft G.m.b.H.
COMECON	Council for Mutual Economic Assistance
CPV	Common Procurement Vocabulary
<b>D</b>	
DB	Der Betrieb
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	dieselbe
DHKT	Deutscher Handwerkskammertag
dies.	dieselbe(n)
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DIN	Deutsches Institut für Normung
DJT	Deutscher Juristentag
DLR	EG-Dienstleistungsrichtlinie 2006/123/EG
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Ds.	Drucksache
DSD	Der Sicherheitsdienst
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt

## Abkürzungsverzeichnis

E	
E	Amtliche Entscheidungssammlung des zuvor genannten Gerichte
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
ECU	European Currency Unit
EFTA	Europäische Freihandelszone
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EG-FsRL	EG-Fernsehrichtlinie
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EG	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Ehlers	Ehlers/Fehling/Pünder (Hg.), Besonderes Verwaltungsrecht Band 1, Öffentliches Wirtschaftsrecht, 3. Aufl. 2012
EIB	Europäische Investitionsbank
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte
EN	Euro(päische) Normenreihe
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
EnstatG	Energiestatistikgesetz
Erl.	Erläuterung
ERP	European Recovery Program
EStG	Einkommensteuergesetz
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
EU	Vertrag über die Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EU GR Charta	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union (in der Fassung von Lissabon)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EV	Einigungsvertrag
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EZB	Europäische Zentralbank
F	
FAO	Fachanwaltsordnung
FG	Festgabe
FFG	Filmförderungsgesetz
FinDAG	Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz
Frotscher/Kramer	Frotscher/Kramer, Verfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, 6. Aufl. 2013
FS	Festschrift
FS Säcker	Joost/Oetker/Paschke (Hg.), Festschrift für Franz Josef Säcker zum 70. Geburtstag, 2011
FS Stober	Kluth/Müller/Peilert (Hg.), Festschrift für Rolf Stober zum 65. Geburtstag, Wirtschaft-Verwaltungs-Recht, 2008.
FStrPrivFinG	Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz
FTAA	Free Trade Area of the Americas
G	
G	Gesetz
GastG	Gaststättengesetz
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GBL	Gesetzblatt
GemO	Gemeindeordnung
GenTG	Gesetz zur Regelung der Gentechnik (Gentechnikgesetz)
GeRL	Genehmigungsrichtlinie

## Abkürzungsverzeichnis

GewArch.	Gewerbearchiv
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GO	Gemeindeordnung
GPA	Government Procurement Agreement
GSOGB	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GüKG	Güterkraftverkehrsgesetz
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GV. NW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz)
GwG	Geldwäschegesetz
<b>H</b>	
Hdb.	Handbuch
HdBGR	Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa, herausgegeben von Detlef Merten und Hans-Jürgen Papier, 2006 ff.
HdbStR	Handbuch des Staatsrechts, herausgegeben von Josef Isensee und Paul Kirchhof, 10 Bände, 1987 ff.
Hess	Hessisch
Hg.	Herausgeber
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
h. M.	herrschende Meinung
Hmb	Hamburgisch
Hoffmann-Riem ua. (Hg.) Grundlagen	Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Voßkuhle (Hg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, 2. Aufl. 2013
HwO	Handwerksordnung
<b>I</b>	
i. d. F.	in der Fassung
i. e. S.	im engeren Sinn
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
IHK	Industrie- und Handelskammer(n)
IHKG	Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern
i. S. d./v.	im Sinne des/von
ISO	International Organization for Standardization
IT	Informationstechnik
ITU	International Telecommunication Union
IuKDG	Gesetz zur Regelung der Rahmenbedingungen für Informations- und Kommunikationsdienste (Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz)
i. V. m.	in Verbindung mit
IVU	Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung
IWF	Internationaler Währungsfonds
<b>J</b>	
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
<b>K</b>	
KAG	Kommunalabgabengesetz
KG	Kommanditgesellschaft
KGG	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen